

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Marc Jongen, Dr. Michael Kaufmann, Norbert Kleinwächter, Barbara Lenk, Matthias Moosdorf, Martin Reichardt, Peter Boehringer, Dietmar Friedhoff, Tobias Matthias Peterka, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Schulen am Limit – Bildungsmisere abwenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bildung ist die wichtigste Ressource Deutschlands und ein leistungsfähiges Bildungssystem die Grundlage für das wirtschaftliche Fortkommen unseres Landes. Der Erfolg des deutschen Bildungssystems wird dabei in besonderem Maße durch die Lehrer bestimmt, denn sie tragen grundlegend Sorge und Verantwortung für den Lernerfolg der Schüler. Das bestätigen neben einer Vielzahl an empirischen Studien insbesondere die bedeutenden Forschungsergebnisse des neuseeländischen Bildungsforschers John Hattie (vgl. John Hattie, *Visible Learning: A synthesis of over 800 meta-analyses relating to achievement*, London 2009; S. 239).

Zahlreiche Entscheidungen auf Bundesebene haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass sich der ohnehin bereits akute Lehrkräftemangel weiter zuspitzen konnte.

Neben offensichtlichen Versäumnissen der Länder führten nicht absehbare Entwicklungen wie die vom Bund gewollten Grenzöffnungen im Jahr 2015 zu einem Zustrom Hunderttausender schulpflichtiger Flüchtlingskinder aus Syrien und dem islamischen Raum (vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wissen/fluechtlinge-in-der-schule-3000-zusaetzliche-lehrer-werden-nicht-reichen/12305592.html>, Stand: 06.02.2023).

Durch die Corona-Maßnahmenpolitik der Bundesregierung wurde dem Unterricht in den vergangenen zweieinhalb Jahren weiterer Schaden zugefügt, indem dieser teilweise überhaupt nicht stattfand. Allein zwischen November 2020 und Februar 2021 fielen durch hybride Unterrichtsmodelle und Lockdowns pro Schüler mindestens 500 Stunden Präsenzunterricht aus (vgl. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/bildung-und-corona-lehrer-sollen-in-ferien-und-samstags-arbeiten-75366878.bild.html>, Stand: 16.02.2023), die niemals in angemessener Weise kompensiert wurden. Was zurückbleibt, sind Schüler mit kaum aufholbaren Lernrückständen (vgl. <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/corona-massnahmen-fuehren-zu-un-einholbaren-versaeumnissen-bei-schuelern-a3681112.html>, Stand: 13.02.2023) und besorgniserregenden psychischen Problemen sowie Lehrer am Rande ihrer Belastungsgrenze (vgl. <https://www.rnd.de/politik/lehrer-und-lehrerinnen-ueberlastet-was>

die-politik-jetzt-endlich-tun-muss-VU4FAHEA75FVHHOZFD7PXJ3PRQ.html, Stand: 20.02.2023).

Infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine bringt die Aufnahme von mittlerweile über 200.000 weiteren Schülern seit März 2022 (vgl. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Ukraine/2023/AW_Ukraine_KW_06.pdf, Stand: 20.02.2023) deutsche Schulen an die Grenzen ihrer Aufnahmekapazität (vgl. <https://www.tagesschau.de/wissen/forschung/schulbarometer-personalmangel-lernrueckstand-101.html>, Stand: 20.02.2023).

Parallel dazu lässt die Überforderung der Lehrer und die mangelnde gesellschaftliche Wertschätzung junge Lehrer an ihrem Berufswunsch zweifeln und sogar einen Studienplatzwechsel in Erwägung ziehen (vgl. <https://ernst-klett-verlag.de/lehremangel-die-haltung-der-gesellschaft-zum-lehrerberuf-muss-sich-verbessern/>, Stand: 16.02.2023). Entsprechend streben ältere Lehrer immer häufiger einen vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand an.

Das alles geschieht in einer Zeit, in der das Leistungsniveau der Schüler bereits seit Jahren einen beunruhigenden Abwärtstrend aufweist (vgl. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/lehrer-chef-zu-bildungsklatsche-mehr-migranten-weniger-leistung-82042150.bild.html>, Stand: 16.02.2023). Mittlerweile können zwischen 18 und 30 Prozent der Viertklässler in Deutschland nicht mehr den Mindeststandard in Deutsch und Mathematik erreichen (vgl. <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/iqb-bildungstrend-die-wichtigsten-ergebnisse/#die-wichtigsten-ergebnisse-zum-iqb-bildungstrend-2021>, Stand: 20.02.2023).

Eine im November 2022 durchgeführte Umfrage der Robert-Bosch-Stiftung legt die massiven Belastungen offen, die der vielschichtige Problemkomplex aus Zuwanderung, Corona-Maßnahmenpolitik und Lehrermangel für das längst angeschlagene deutsche Schulsystem bedeutet. Zwei Drittel der Befragten Schulleiter empfinden demnach den Personalmangel als schwerwiegendsten Einschnitt. 22 Prozent nennen eine defizitäre technische Ausstattung, 21 Prozent bürokratische Hürden und 20 Prozent die Arbeitsbelastung allgemein. 59 Prozent geben an, Neuzugewanderten keine ausreichende Förderung in Deutsch anbieten zu können, das gilt insbesondere für Grundschulen (71 Prozent; vgl. Robert Bosch Stiftung; 2023: Das Deutsche Schulbarometer: Aktuelle Herausforderungen aus Sicht von Schulleitungen. Ergebnisse einer Befragung von Schulleitungen allgemein- und berufsbildender Schulen, S. 5 f.).

Lehrerverbandschef, Heinz-Peter Meidinger, zeigt sich besorgt und warnt vor einem weiteren Abrutschen des Bildungsniveaus (vgl. <https://www.stimme.de/ueberregional/deutschland-welt/politik/dw/lehrer-praesident-warnt-mangel-an-lehrkraeften-ist-dauerhaft-art-4704067>, Stand: 16.02.2023).

Der Lehrermangel, fehlende Räumlichkeiten sowie eine stark divergierende Schülerschaft sind längst zu einer Zukunftsfrage geworden, denn die Unterrichtsqualität an deutschen Schulen hat inzwischen z. T. untragbare Bedingungen angenommen. Daher scheint es gegenwärtig geboten, dass durch vorübergehende gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern geeignete und zweckdienliche Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Bei der Bewältigung dieser nationalen Aufgabe darf der Bund die Länder nicht alleine lassen, da er durch unberechenbare politische Entscheidungen – die sich anhaltend bundesweit auswirken – ebenfalls Verantwortung für die Zustände in den Ländern trägt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. den Bildungsföderalismus zu stärken, anstatt dessen Abschaffung zu forcieren;

2. kurzfristig unter Berücksichtigung des realen Finanzbedarfs der Länder zur Erledigung der ihnen vom Grundgesetz zugewiesenen, für das Gemeinwesen zentralen Aufgaben, insbesondere unter Berücksichtigung ihrer Kulturhoheit, einen Vorschlag zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Länder vorzulegen und mittelfristig die Gründung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe herbeizuführen, die eine Steuerreform zur Neuordnung der Bund-Länder-Finzen erarbeitet, so dass Aufgaben- und Finanzverantwortung auf allen staatlichen Ebenen wieder zusammengeführt werden können;
3. Bildungsstand und Bildungsfähigkeit zum Kriterium der Migrations- und Einwanderungspolitik zu machen, um so Deutschlands Zukunft als Bildungsnation zu bewahren;
4. in der Kultusministerkonferenz (KMK) darauf hinzuwirken, dass alle Schüler vor dem Übergang in den Regelunterricht ausreichende Deutschkenntnisse erwerben. Die sprachliche Qualifikation ist vor dem Übertritt in das Regelschulwesen durch eine entsprechende Prüfung nachzuweisen. Der Spracherwerb von Schülern mit Migrationshintergrund, deren Muttersprache oder Herkunftssprache nicht Deutsch ist, sollte
 - a) für in Deutschland geborene Kinder über ein verpflichtendes Vorschuljahr mit intensivem Deutschunterricht erfolgen;
 - b) für nicht in Deutschland geborene Kinder über den Besuch einer Sprachschule umgesetzt werden;
5. in der KMK darauf hinzuwirken,
 - a) das in Deutschland historisch gewachsene mehrgliedrige Schulsystem (Gymnasium-, Real- und Hauptschule) und die duale Berufsbildung zu erhalten bzw. wiederherzustellen, weil sie am besten geeignet sind, Schüler mit unterschiedlichen Begabungen zu fördern;
 - b) dass die verbindliche Schullaufbahneempfehlung möglichst flächendeckend wieder eingeführt wird bzw. bestehen bleibt, um ein weiteres „Ausbluten“ von nicht gymnasialen, berufsorientierten Schulen zu verhindern und so die Ausbildung von dringend benötigten Fachkräften in Deutschland sicherzustellen;
 - c) die Belastung von Lehrern mit unterrichtsfremden Tätigkeiten, sinnloser Bürokratie und ideologisch motivierten Zusatzaufgaben deutlich zu reduzieren;
 - d) den Einfluss von ökonomisch und/oder ideologisch motivierten außerschulischen Lobbygruppen und der Testindustrie (u. a. OECD; PISA) auf unser Bildungssystem zurückzudrängen;
 - e) die Zuverdienstgrenze für pensionierte Lehrkräfte auszusetzen, damit diese in genau dem Stundenmaß eingesetzt werden können, wie es ihnen selbst möglich und der Unterrichtsversorgung dienlich ist;
 - f) die Arbeitsbedingungen in den Schulen deutlich zu verbessern. In erster Linie sind die Klassengrößen zu verkleinern (Zuweisung von mehr Entlastungsstunden zur Unterstützung des Engagements von Lehrkräften);
 - g) Lehrern je nach Lebenssituation den flexiblen Eintritt in den Ruhestand zu ermöglichen und das Weihnachtsgeld in allen Bundesländern wieder einzuführen.

Berlin, den 14. März 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

